

Spreekurier

Sommer 2026



ZEITUNG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI TREPTOW - KÖPENICK

Aus Frust Zuversicht entstehen lassen

BEZIRKSBLÜRGERMEISTER OLIVER IGEI ÜBER KRISEN, KRIEGE, KATASTROPHEN

Wir müssen den Frust mal so richtig rauslassen: egal, wo es auf der Welt oder in Deutschland krachte, die Auswirkungen haben wir immer auch in unserem beschaulichen Treptow-Köpenick gemerkt. Krisen, Kriege, Armut in der Welt: das alles ist bei uns angekommen. Ob nun Pandemie, Fluchtbewegung oder Inflation: die Probleme um uns herum reichten und reichen wirklich. Privat darf da nichts mehr dazukommen. Und dass das alles nicht oder nicht schnell genug gelöst wird, das lasten viele Menschen der Politik an.

Und dieses Gefühl ist auch mehr als verständlich: wenn es brennt, soll die Feuerwehr kommen und den Brand löschen. Aber die Vielzahl der Krisen bedeutet auch für die Politik eine große Herausforderung, die nicht ohne eine längere Anstrengung zu bewältigen ist. Manchmal kann die Feuerwehr nicht sofort löschen, sondern muss über eine längere Zeit den Brand eindämmen. Hier braucht es beharrliches, kontinuierliches Löschen – und zwar mit Wasser und nicht mit dem Benzin des Populismus, das einige als Alternative anbieten wollen.

In dem Wunsch nach einem schnellen Ende der Krisen steckt noch eine andere Wahrheit: wir wollten von allem in Ruhe gelassen werden. Nichts sollte an uns herankommen – wir mussten schmerzhaft lernen, dass in unserer globalen Welt Probleme schnell lokal ankommen. So war es auch beim Anschlag auf den CSD in diesem Jahr: Menschenhass trifft uns ganz persönlich.

Wenn dann noch Terrorismus in Form von Anschlägen auf un-



Quelle: Oliver Igel

ser Stromnetz dazukommt – doch: dann können und müssen wir etwas tun. Dann zeigt sich, worauf wir uns vorbereitet haben, wenn wir uns gekümmert haben. Genau das ist es: in unsicheren Zeiten müssen wir unsere Heimat darauf vorbereiten, was alles auf uns zukommen kann. Am besten benötigen wir dann diese Vorbereitung nicht. Aber irgendwie kommt es immer anders. Da steht dann die Krisenvorsorge plötzlich neben der Notwendigkeit, dass Straßen instandgesetzt, Jugendprojekte gefördert, Senioren-

angebote ausgebaut werden sollten. Nichts darf davon in Konkurrenz stehen, sondern alles hat seine Berechtigung. Was wir in den letzten Jahren aufgebaut haben, wollen wir nicht einreißen sehen.

Zur Wahrheit über den Frust in der Gesellschaft gehört auch dazu, zu sagen, dass es Sorgen zwischen Generationen sind: Wer vor 15 oder 20 Jahren geboren wurde und mit einer Lebenserwartung bis zur nächsten Jahrhundertwende schaut, sorgt sich anders um unsere Natur und Umwelt. Die Hitze ist

da nur ein Vorgeschmack. Gleichzeitig wird uns immer bewusster, dass wir hier alle zusammen handeln und unsere Umwelt schützen müssen. Hierin liegt meine Hoffnung: dass aus Frust eine neue gemeinsame Zuversicht und Entschlossenheit erwachsen kann.

Wenn wir den Frust rauslassen, dann sollte das berühmte Kinde nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden. Vielleicht ist doch kommunalpolitische Erfahrung und Stabilität wichtig. Wahrscheinlich sind radikale Experimente dann doch eher ein Risiko. Genau deshalb will ich mich für unseren Bezirk weiterhin einbringen: Es gibt die Sorgen der Menschen, die ernstgenommen werden müssen. Aber wir wollen sie mit den richtigen Stellschrauben lösen, nicht mit lautem Geschrei oder nur vorgespielten Lösungen.

Wenn wir den Frust rauslassen, dann sollten wir danach mit neuer Besonnenheit handeln. Nach einem Protest beginnt ein neuer Tag, auf den wir Antworten geben sollten. Und ich will diese Antworten geben. Mir geht es darum, immer Lösungen für unsere Tagesfragen zu finden, und zwar tatsächlich die Dinge, die wir in Treptow-Köpenick bewegen können: dass Ausbildungs- und Jobmöglichkeiten bestehen, dass wir uns bilden und weiterbilden können, dass wir Sport machen und Kultur genießen können, dass wir uns sicher fühlen können und sicher sind – und noch vieles mehr. Lassen Sie uns genau da Chancen nutzen!

Von Oliver Igel
Bezirksbürgermeister von
Treptow-Köpenick



Im Netz:

www.spd-treptow-koepenick.de

Per E-Mail:

kreis.treptow-koepenick@spd.de

Vor Ort:

SPD Treptow Köpenick
Bürgerbüro · Grünauer Str. 14
12557 Berlin



IMPRESSUM

Spreekurier

Zeitung der Sozialdemokratischen Partei in
Treptow-Köpenick

SPD Treptow-Köpenick
Kreisvorsitzende Ana-Maria Träsnea
und Alexander Freier-Winterwerb (V.i.S.d.P.)
Grünauer Str. 14, 12557 Berlin

kreis.treptow-koepenick@spd.de
www.spd-treptow-koepenick.de

Redaktion: Dr. Ulrike Mackrodt, Tasha Schedler

Beiträge von: Paul Bahlmann, Julia Dittmar, Lars Düsterhöft, Peter Groos, Alexander Freier-Winterwerb, Ellen Haußdörfer, Oliver Igel, Ulrike Mackrodt, Sara Rüdiger, Robert Schaddach

Grafik: SPD Treptow-Köpenick / Tasha Schedler
Druck: MegaDruck.de Produktionsbetriebs-
GmbH

Aus für Schlossplatztheater dank SPD verhindert



Quelle: Oliver Igel

Seit 1995 ist das Schlossplatztheater in der Altstadt Köpenick ansässig.

Wenn sich in diesem Jahr am 11. September um 19.30 Uhr der Vorhang des Schlossplatztheaters zum ersten Mal nach der Sommerpause wieder öffnet, dann ist das keine Selbstverständlichkeit. Denn nur dem Einsatz der Theaterleitung, unzähliger Unterstützer/innen sowie dem Engagement von SPD-Politiker/innen im Bezirk und auf Landesebene ist es zu verdanken, dass der Vorhang des Schlossplatztheaters nicht schon seit Anfang des Jahres unten bleiben musste.

Was war passiert?

Im Juli 2025 wurde bekannt, dass die Senatorin für Kultur, Wedl-Wilson (CDU), die Förderung des Schlossplatztheaters nach fast 30 Jahren streichen wollte. So sah es zumindest der öffentliche Haushaltsentwurf der Kulturverwaltung für die Haushaltsjahre 2026 und 2027 vor. Interessanterweise hatte die Senatorin diesen Entwurf ausge-

rechnet mit ihrem jetzigen Nachfolger, Finanz- und Kultursenator Evers (CDU), so geeint. Ein Aus für das Schlossplatztheater nach fast 30 Jahren: das war für die beiden CDU-Senator/innen beschlossene Sache.

Der Ort, an dem jedes Jahr hunderte Kita- und Schulkinder zum ersten Mal eine Theateraufführung besuchen, sollte nur knapp fünf Monate später aus der jahrzehntelangen Förderung fallen – aus Spargründen, wie es in der Begründung zu der Streichung hieß.

Dabei ist das Schlossplatztheater ein unverzichtbarer Kulturort in Köpenick und leistet seit Jahren einen herausragenden Beitrag zur kulturellen Vielfalt, Bildung und sozialen Teilhabe. Als einer der wenigen professionellen Theaterstandorte im Berliner Südosten bietet es niedrigschwellige Zugang zu hochwertiger darstellender Kunst und ist ein wichtiger Bestandteil der kulturellen Daseinsvorsorge im Bezirk. Daher haben sich der kulturpolitische

Sprecher der SPD-Fraktion im Bezirk, Peter Groos, der Bezirksbürgermeister Oliver Igel (SPD) sowie die Berliner Landes-Abgeordneten Alexander Freier-Winterwerb (SPD) und Dunja Wolff (SPD) umgehend für die Rücknahme der Streichung eingesetzt und diese erkämpft. Die SPD-Abgeordneten haben eine Änderung im Kulturhaushalt durchgesetzt, so dass auch weiterhin Schulaufführungen an bis zu drei Tagen in der Woche stattfinden werden. Wenn es also am 11. September für das Ensemble und die Zuschauer/innen endlich wieder heißen wird: „Vorhang auf“, dann wird sich eine neue Saison lang zeigen, dass lokale Kultur kein Anhängsel und auch kein „Beitrag zur Haushaltskonsolidierung“ ist, sondern Teil unserer Heimat und Identität im Bezirk!

Von Peter Groos
Kulturpolitischer Sprecher der
SPD-Fraktion Treptow-Köpenick

Mobilität im Treptower Norden: Kieze schützen, Verbindungen sichern

Von Alexander Freier-Winterwerb
Abgeordneter für Alt-Treptow, Plänterwald und Baumschulenweg

Seit der Eröffnung des 16. Bauabschnitts der A100 spüren viele Menschen im Treptower Norden sehr konkret, was Verkehrspolitik im Alltag bedeutet. Am Ende der Autobahn entscheidet sich, ob Alt-Treptow, Plänterwald und Baumschulenweg entlastet werden – oder ob sich Stau, Lärm und Ausweichverkehr in unsere Wohnstraßen drücken.

Für mich ist klar: Wer eine Autobahn bis an einen dicht bewohnten Stadtteil heranführt, trägt Verantwortung für die Folgen. Diese Verantwortung endet nicht an der Anschlussstelle „Am Treptower Park“. Wir brauchen eine kluge Verkehrssteuerung, die Wohnquartiere schützt, Busse verlässlich durchbringt, sichere Wege für Fußgängerinnen und Radfahrerinnen schafft und die Elsenbrücke nicht weiter zum Dauer-Nadelöhr werden lässt. Genau deshalb sind Kiezblocks für mich kein Selbstzweck, sondern

ein Instrument für mehr Lebensqualität. Es geht nicht darum, Menschen gegeneinander auszuspielen. Es geht darum, Durchgangsverkehr aus Wohnstraßen herauszuhalten, Schulwege sicherer zu machen und Kieze wieder zu Orten zu machen, in denen Kinder, Familien und ältere Menschen sich gut bewegen können. Mobilität muss funktionieren – aber sie darf nicht auf Kosten der Nachbarschaft gehen.

„Mobilität muss den Alltag leichter machen. Wir brauchen schnelle Lösungen, sichere Wege und wirksamen Schutz vor Ausweichverkehr.“

Gleichzeitig brauchen wir schnelle Lösungen für die Verbindungen, die unsere Ortsteile zusammenhalten. Die Elsenbrücke ist eine Lebensader zwischen Treptow, Friedrichshain und dem Berliner Osten. Jeder Fortschritt dort ist wichtig, aber die Menschen brauchen mehr als Zwischenstände: klare Zeitpläne, gute Baustellenkommunikati-

on und verlässliche Wege im Alltag. Das gilt genauso für den Görlitzer Bahndamm und die Görlitzer Brücken. Die drohende dauerhafte Sperrung und ein möglicher Rückbau wären ein harter Schnitt durch den Kiez gewesen. Dass der Erhalt der Verbindung jetzt gesichert werden soll, ist richtig und wichtig. Aber damit ist die Aufgabe nicht erledigt. Jetzt braucht es Tempo: eine schnelle Begutachtung, eine tragfähige Finanzierung, sichere Übergangslösungen und eine Sanierung, die die Brücken als Fuß- und Radverbindung dauerhaft erhält. Der Treptower Norden darf nicht die Rechnung für schlecht abgestimmte Großprojekte bezahlen. Wir brauchen Entlastung für die Kieze, Schutz vor Ausweichverkehr, Vorrang für Busse und Bahnen und Brücken, die verbinden statt trennen.

3,2 Kilometer lang ist der 2025 eröffnete 16. Bauabschnitt der A100 zwischen Neukölln und Treptower Park.



Alexander Freier-Winterwerb kämpft für die komplette Öffnung der Görlitzer Brücken.

Quelle: Oliver Igel

DIE TRAMLINIE 68 BLEIBT!

Lebensader für den Stadtrand

Bereits zum 15. Mal fand in diesem Sommer der traditionelle, jährliche Uferbahnlauf entlang der Straßenbahnlinie 68 statt. Veranstalter wird der Lauf von den beiden Vereinen Zukunft in Grünau (www.zukunftingruenau.de/) sowie dem Seesportclub Berlin-Grünau (www.sscbg.de). Wieso eine Straßenbahnlinie ein eigenes Lauf-Event hat, mag sich der eine oder die andere fragen.

Zum einen verbindet die Linie die Ortsteile Karolinenhof, Richtershorn, Schmöckwitz und mittelbar auch Rauchfangswerder mit dem S-Bahnnetz am Bahnhof Grünau. Knapp 5.000 Bewohnerinnen und Bewohner am Stadtrand haben so eine schnelle und umweltfreundliche Alternative zum Auto. Zum anderen ist die Tramlinie 68 vermutlich die schönste Straßenbahnlinie Berlins. Sie führt am Ufer des Langen Sees entlang und bietet eine Anbindung an die zahlreichen Wassersportvereine, das Strandbad Grünau und gastronomische Einrichtungen. Als Vorstand des Tourismusvereins Berlin Treptow-Köpenick kann ich Ihnen einen Ausflug in diese schöne Gegend nur empfehlen.

Der erste Uferbahnlauf im Jahr 2011 stand allerdings unter anderen Vorzeichen. Denn damals stand der Erhalt der Linie zur Debatte. Nach einem Feuer im Straßenbahndepot wollte die

BVG die notwendigen Mittel für die Behebung der Schäden nicht mehr zur Verfügung stellen und der Verein „Historische Straßenbahnen“ musste aus dem Depot ausziehen. Sogar die Stilllegung der Schienenverbindung zugunsten von Bussen plante die BVG.

Engagierte Anwohnerinnen und Anwohner wollten das nicht hinnehmen. So gab es im April 2011 eine Menschenkette für die Uferbahn mit etwa 3.000 Teilnehmenden und kurz darauf fand der erste Uferbahnlauf als Teil des Protests statt. Letztendlich konnten durch meine politische Initiative gemeinsam mit vielen Vereinen und der Bürgerschaft dann die notwendigen Sanierungsmittel zur Verfügung gestellt werden und die BVG änderte ihre Pläne.

Heute, 15 Jahre später, wird es zeitnah weitere Sanierungsmaßnahmen geben müssen. Die BVG ist aufgefordert, hier zu handeln und transparent über die notwendigen Arbeiten zu informieren. Denn wenn sie das nicht täte, müsste die BVG auch diesmal mit dem Protest der Anwohnerinnen und Anwohner rechnen; das haben die zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Uferbahnlaufs deutlich gezeigt.

Von Robert Schaddach
Tel: 01726085551 sowie www.robert-schaddach.de



Quelle: Robert Schaddach

BAHNHOF SCHÖNEWEIDE:

Modernisierung für die Zukunft

Von Lars Düsterhöft
Direkt gewählter Abgeordneter für Johannisthal und Schöneweide seit 2016

Der Bahnhof Schöneweide gehört zu den wichtigsten Verkehrsknotenpunkten im Berliner Südosten. Schon heute steigen hier täglich zehntausende Menschen um. Bis 2030 werden sogar rund 131.000 Reisende pro Tag erwartet. Damit der Bahnhof auch künftig leistungsfähig bleibt, wird er umfassend modernisiert (mehr Infos hier: meinberlin-media.liqd.net)

226.000 Meter Kabel neu zu verlegen

Bei einer Informationsveranstaltung des Abgeordneten Lars Düsterhöft, bei der die Deutsche Bahn zu Gast war, wurde deutlich, welche Dimension dieses Großprojekt hat. Auf einer Strecke von 13 Kilometern werden rund 226.000 Meter Kabel neu verlegt. Die Arbeiten sollen nach aktuellem Stand frühestens 2028 abgeschlossen sein. Gleichzeitig wird die Infrastruktur so ausgebaut, dass der Betrieb künftig stabiler und flexibler läuft. Zusätzliche Weichen ermöglichen es beispielsweise, bei Störungen schneller einen Pendelverkehr einzurichten.

Interessant ist auch der Blick auf die Ursachen von Verspätungen im regulären Fahrbetrieb. Nach Angaben der Bahn entfallen sie zu etwa gleichen Teilen auf Fahrzeuge, die bestehende Infrastruktur und Ereignisse mit Personenbezug. Der Umbau muss deshalb nicht nur die Sicherheit durch neue Signale und neue Zugsicherungstechnik beinhalten, sondern muss die Zuverlässigkeit des gesamten Betriebs langfristig verbessern.

Schienenersatzverkehr muss verlässlich sein

Doch bis es soweit ist, ist der Schienenersatzverkehr ein ebenso großes Ärgernis, wie die notwendigen Bauarbeiten an sich. Viele

Fahrgäste erleben täglich, dass ein Bus die Bahn nicht vollständig ersetzen kann. Überfüllte oder nicht klimatisierte Fahrzeuge sorgen immer wieder für Ärger. Die Bahn machte aber auch deutlich, dass ein wesentlicher Engpass der bundesweite Mangel an Busfahrerinnen und Busfahrern ist. Häufig fehlen schlicht die Fahrer, um den Ersatzverkehr in der gewünschten Qualität anzubieten. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, denn gerade während der Bauzeit ist ein verlässlicher SEV unverzichtbar.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Barrierefreiheit. Defekte Aufzüge treffen Menschen mit Behinderungen, ältere Fahrgäste oder Familien mit Kinderwagen besonders hart. Viele Anregungen aus der Veranstaltung mit Lars Düsterhöft betrafen deshalb robustere Aufzüge, eine bessere Ausschilderung und schnellere Reparaturen.

Mindestens genauso wichtig wie die Technik ist die Kommunikation. Störungen lassen sich bei einem Projekt dieser Größenordnung nicht vollständig vermeiden.

Wer jedoch frühzeitig informiert wird, kann besser planen und auf Alternativen ausweichen. Deshalb braucht es eine enge Abstimmung zwischen Bahn, Verkehrsunternehmen, Bezirk und Senat.

Eines wurde deutlich: Der Umbau verlangt allen Beteiligten viel Geduld ab. Gleichzeitig entsteht auf der S-Bahntrasse eine Infrastruktur, die den Berliner Südosten für viele Jahrzehnte leistungsfähiger machen wird.

Darum wird Schöneweide umgebaut:

- Zukunftssichere Technik
- 226.000 Meter neue Kabel
- 13 Kilometer modernisierte Infrastruktur
- Zusätzliche Weichen für mehr Betriebsstabilität
- Verbesserte Möglichkeiten bei Störungen
- Mehr Zuverlässigkeit im Bahnverkehr
- Investition in die Mobilität des Berliner Südostens



Quelle: Oliver Igel

Gesetz und Ordnung auf dem Mietwohnungsmarkt

DAS NEUE BERLINER MIETENKATASTER SCHAFFT TRANSPARENZ UND KONTROLLE

Stellen Sie sich folgende Situation vor: Die Polizei möchte vor einer Kita oder Grundschule eine Geschwindigkeitskontrolle durchführen, weil Lehrer, Eltern, Bewohner und auch andere Autofahrer immer wieder Hinweise geben, dass hier zu schnell gefahren wird. Die Polizei möchte daher gern die vorbeifahrenden Autos kontrollieren. Das Problem ist aber, dass die ansässige Polizei gar nicht über das notwendige Geschwindigkeitsmessgerät verfügt. Sie will also einem echten Problem – der Gefährdung der Kinder – nachgehen; ihr fehlt aber das notwendige Mittel, um die Kontrolle auch durchsetzen zu können.

Was das mit dem Berliner Mietwohnungsmarkt zu tun hat? Leider sehr viel. Wer in Berlin eine neue Wohnung sucht, der muss sich laut statistischer Daten auf eine Durchschnittsmiete von 15,78 Euro pro Quadratmeter gefasst machen. Gleichzeitig gibt es in Berlin aber auch einen gültigen Mietspiegel. Hier liegt die durchschnittliche Miete – im Vergleich zur Neuvermietung „nur“ – bei 7,71 Euro. Eine neu vermietete Wohnung kann also unter Umständen im gleichen Haus doppelt so teuer sein wie die Nachbarwohnung, die seit vielen Jahren bewohnt ist.

Wohnungsmarkt aus der Balance geraten

Diese Zahlen zeigen, dass der Mietwohnungsmarkt in Berlin aus den Fugen geraten ist. Und das hat



Die landeseigenen Wohnungsgesellschaften – wie hier die degewo in Altglienicke – haben Mietpreise gebremst. Quelle: Oliver Igel

nicht allein damit zu tun, dass es an genug Wohnraum fehlt, sondern dass die Gesetze zum Mieterschutz bisher nicht ausreichend kontrolliert werden können. Denn tatsächlich gibt es seit 2015 ein Gesetz (die Mietpreisbremse) wonach bestehende Wohnungen bei einer Neuvermietung nicht teurer vermietet werden dürfen als 10 Prozent über

dem Mietspiegel. Und wenn ein Vermieter eine Miete nimmt, die 50 Prozent über der Durchschnittsmiete liegt, dann kann dies sogar Mietwucher sein, der eine Straftat darstellt.

Die Einhaltung dieser Gesetze kann bisher aber nicht ausreichend kontrolliert werden, da die jeweiligen Miethöhen keiner öffentlichen

Stelle bekannt sind. Es gibt zwar die kostenlosen Mietendenberatungen in allen Bezirken (s. Artikel unten). Aber nicht jede Mieterin und nicht jeder Mieter hat die Zeit, Kraft und ja, auch den Mut, selbst gegen einen Vermieter rechtlich vorzugehen.

Mietenkaster schafft Abhilfe – Mieten werden systematisch erfasst

Mit dem bundesweit ersten Mietenkaster geht Berlin nun einen neuen Weg. Auf Initiative der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus gibt es jetzt ein neues Gesetz, mit dem alle Wohnungsdaten von den Vermietern gemeldet werden müssen. Dabei ist selbstverständlich sichergestellt, dass die Daten weder öffentlich einsehbar sind, noch dass die Personenangaben der Mieter bekannt werden. Aber eines wird das Kaster erreichen: Ein Vermieter, der wesentlich überhöhte Mieten nimmt, der wird sein Verhalten nun anpassen müssen. Denn nun wird die Einhaltung der Gesetze endlich durch die öffentliche Hand kontrolliert. Und wer falsche Angaben macht, muss mit empfindlichen Bußgeldern rechnen. Bausenator Christian Gaebler (SPD) sagte zu dem Kaster: „Es wird nun schneller klar: Wo sitzen diejenigen, die gegen Recht und Gesetz verstoßen?“

Berlin hat mit dem Mietenkaster endlich eine Kontrollmöglichkeit gegen unrechtmäßiges Verhalten; so wie die Polizei vor einer Grundschule ein Geschwindigkeitsmessgerät verwendet, damit niemand mit 80 km/h an der Schule vorbeirast.

Von Julia Dittmar
Spitzenkandidatin für das Berliner Abgeordnetenhaus der SPD Treptow-Köpenick

Wie Sie Ihre Mieterrechte durchsetzen können

HIER BEKOMMEN SIE UNTERSTÜTZUNG

Wenn Sie eine Frage zu Ihrem Mietvertrag oder einer Nebenkostenabrechnung haben oder wenn Ihr Vermieter seit Wochen einen angezeigten Schaden nicht behebt, dann fühlt man sich schnell allein gelassen und teilweise auch verunsichert. Aber das Mietrecht schützt Sie als Mieterin und Mieter. Genauso, wie Sie als Mieterin und Mieter dazu verpflichtet sind, die Miete rechtzeitig zu zahlen so ist die Vermieterseite verpflichtet, ihren eigenen gesetzlichen und vertraglichen Pflichten nachzukommen. Wenn Sie daher Fragen haben und zum Beispiel wissen möchten, ob der Mietspiegel bei Ihnen richtig angewendet oder und ob eine eventuelle Mieterhöhungsforderung des Vermieters rechtens ist, dann gibt es kostenlose Unterstützung, die Sie in Anspruch nehmen können: Dank der Berliner SPD gibt es in allen Berliner Bezirken kostenlose Mieterberatungen:

Für unseren Bezirk können Sie folgende Angebote nutzen:

Jeden Dienstag gibt es die kostenlose Beratung zwischen 13 und 18 Uhr im Rathaus Treptow (Neue Krugallee 6, 12435 Berlin, Raum 6). Bitte vereinbaren Sie vorab einen Termin unter der Telefonnummer 030-293431-0 oder unter der Mail-Adresse: info@asum-berlin.de

Jeden zweiten Donnerstag (jeweils der 2. und 4. Donnerstag im Monat) von 10 bis 12 Uhr im Bürge-

ramt Adlershof (Rudower Chaussee 6 in 12489 Berlin). Ein Termin ist für die Beratung nicht notwendig!

Hier geht's zur Mietendenberatung in Treptow-Köpenick:



Wenn Sie eventuell sogar den Verdacht haben sollten, dass Ihre Miete zu hoch ist und bestehende Mieterschutzgesetze nicht eingehalten werden, dann können Sie sich hierfür an die offizielle Berliner Mietpreisprüfstelle wenden. Diese Mietpreisprüfstelle gibt es seit März 2025 und wurde speziell von der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus mit einem neuen Gesetz geschaffen. Bei der Mietpreisprüfstelle können Sie von Profis prüfen lassen, ob Ihre Miete rechtmäßig ist und falls nicht, werden Sie beraten, wie Sie vorgehen können.

Die Mietpreisprüfstelle erreichen Sie telefonisch unter der 030-213 007 302 (jeweils von 9 bis 12 Uhr am Montag, Mittwoch und Freitag sowie von 14 bis 17 Uhr am Dienstag und Donnerstag). Per Mail erreichen Sie die Mietpreisprüfstelle unter termin@mietpreispruefstelle.de

Neue Wohnungen für starke Nachbarschaften

Viele Menschen entscheiden sich dafür, in Treptow-Köpenick zu leben, weil unser Bezirk Lebensqualität, viel Grün und lebendige Kieze verbindet. Damit dieses Wachstum gelingt, braucht es ausreichend Wohnraum. Deshalb schaffen wir neue Wohnungen und sorgen gleichzeitig dafür, dass neue Quartiere von Anfang an gut geplant werden.

Neue Wohnungen heißt auch neue Grünflächen, Kitas und Einkaufsmöglichkeiten

Wo Menschen einziehen, müssen auch Kitas, Schulen, Grünflächen, Spielplätze und Einkaufsmöglichkeiten entstehen. Gute Nachbarschaften entwickeln sich nicht von allein. Sie entstehen dort, wo Wohnen und Infrastruktur gemeinsam gedacht werden. Genau diesen Weg gehen wir in Treptow-Köpenick. Mit dem Segelfliegerquartier in Johannisthal entsteht auf dem ehemaligen Flugfeld ein neues Stadtquartier mit rund 1.800 Wohnungen. Geplant sind außerdem Kitas, Grünflächen, Gewerbe und Orte der Begegnung. Auch am ehe-

maligen Güterbahnhof Köpenick entwickelt sich ein neues Quartier mit ebenso vielen Wohnungen sowie Flächen für soziale Infrastruktur und öffentliche Freiräume. So entstehen neue Stadtquartiere, die sich gut in den Bezirk einfügen und den Menschen mehr bieten als ein Dach über dem Kopf.

Neubau geht auch bezahlbar

Bezahlbarer Wohnraum spielt dabei eine zentrale Rolle. Deshalb spielen unsere landeseigenen Wohnungsunternehmen beim Wohnungsbau eine große Rolle, denn sie bauen mietpreisgebundenen und mehr barrierefreien Wohnraum. Familien, Auszubildende, Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit kleineren Einkommen sollen auch künftig die Möglichkeit haben, in Treptow-Köpenick ein Zuhause zu finden.

Wohnungsbau und Mieterschutz gehören dabei für uns untrennbar zusammen. Während neue Wohnungen entstehen, sorgen wir gleichzeitig dafür, dass bestehende Mieterinnen und Mieter besser

geschützt werden. Instrumente wie das Mietenkaster schaffen mehr Transparenz und helfen dabei, überhöhte Mieten schneller zu erkennen. So stärken wir die Rechte der Menschen, die bereits hier wohnen, und schaffen gleichzeitig neuen Wohnraum für diejenigen, die eine Wohnung suchen.

„Bezahlbares Wohnen gelingt nur, wenn wir beides zusammen denken: den Schutz der Mieterinnen und Mieter und den Bau neuer, bezahlbarer Wohnungen.“

Die Entwicklung unseres Bezirks zeigt, dass dieser Weg funktioniert. 2025 wurden in Treptow-Köpenick mehr Wohnungen fertiggestellt als in jedem anderen Berliner Bezirk. Gleichzeitig investieren wir in Schulen, Kitas und die öffentliche Infrastruktur, damit unser Bezirk mit seinem Wachstum Schritt hält.

Das Ziel ist klar: Treptow-Köpenick soll auch in Zukunft ein Bezirk bleiben, in dem Menschen gerne leben, unabhängig davon, ob sie schon lange hier zu Hause sind oder neu zu uns ziehen. Bezahlbare Wohnungen, starke Nachbarschaften und eine gute Infrastruktur gehören für uns untrennbar zusammen. So gestalten wir das Wachstum unseres Bezirks aktiv und schaffen eine Grundlage dafür, dass Treptow-Köpenick auch morgen so lebenswert bleibt wie heute.

Von Julia Dittmar
Spitzenkandidatin für das Berliner Abgeordnetenhaus der SPD Treptow-Köpenick



Quelle: Julia Dittmar

Krach gegen CDU-Angriff auf Familien

Im September wird in Berlin gewählt. Steffen Krach, Spitzenkandidat und Landesvorsitzender der SPD Berlin, schlägt im Wahlkampf Alarm: Die CDU fahre einen Frontalangriff gegen Berliner Familien. Erst forderte CDU-Spitzenkandidat Stefan Evers, das kostenlose Schulessen für Grundschulkinder abzuschaffen. Nun soll auch das Schülerticket fallen, das Kindern und Jugendlichen bislang kostenfreie Mobilität im gesamten Nahverkehr sichert. Krach stellt sich klar dagegen und macht Familienpolitik zum zentralen Thema seines Wahlkampfes: „Die CDU hat endgültig die Maske fallen lassen. Jetzt wissen die Berlinerinnen und Berliner, was sie mit Stefan Evers bekommen, nämlich eine fette Rechnung.“

„Zuerst das kostenlose Schulessen, jetzt das Schülerticket – ist als Nächstes die gebührenfreie Kita dran?“, fragt Krach. Für Familien mit mehreren Kindern summierten sich solche Einschnitte schnell auf mehrere Hundert Euro im Monat – Geld, das viele Berliner Familien schlicht nicht übrig hätten. Krach macht deutlich, dass er diesen Kurs nicht mitgehen werde: „Hände weg von den Familien. Ich will Berlin zu einer familienfreundlichen Metropole machen, die Eltern entlastet und die Bedarfe von Kindern in den Mittelpunkt der Politik stellt.“

Krach kritisiert auch die kinderfeindliche Politik von Verkehrsministerin Ute Bonde: Ihre Entscheidung, an Straßen rund um Schulen und Kitas Tempo 50 einzuführen, setze die Sicherheit von Kindern leichtfertig aufs Spiel. „Die Sicherheit von Kindern muss absolute Vorfahrt haben“, so Krach, der ankündigt, diese Regelung bei einem Wahlsieg sofort rückgängig zu machen.



Quelle: Anne Hufnagl

Für junge Menschen sei das Schülerticket weit mehr als ein Fahrschein zur Schule – es sei eine Eintrittskarte zur gesellschaftlichen Teilhabe, zur Unabhängigkeit und zur Freizeitgestaltung. Wer es streiche, treffe nicht nur Schülerinnen und Schüler, sondern das gesamte Familienleben. Ob Sportverein, Musikschule oder der Nachmittag bei Freunden: Für viele Kinder und Jugendliche sei das Ticket die einzige Möglichkeit, selbstständig und ohne Elterntaxi am städtischen Leben teilzunehmen. Gerade

Familien mit niedrigem oder mittlerem Einkommen träfen solche Kürzungen besonders hart.

Krach wirft der CDU vor, beim Sparen stets zuerst bei Kindern und Familien anzusetzen, statt an anderer Stelle Prioritäten zu setzen. „Herr Evers weist ständig auf enge Haushaltsspielräume hin, unternimmt aber nichts, um die Einnahmeseite zu stärken. Stattdessen geht er den Familien ans Portemonnaie“, so Krach. Die SPD hingegen wolle sicherstellen, dass gute Bildung, Schulessen und Mo-

bililität nicht vom Geldbeutel der Eltern abhingen. Für Krach ist das keine Frage des Sparens, sondern eine Frage der Prioritäten: „Wer es mit Familien ernst meint, kürzt nicht bei Kindern.“

Auch die SPD in Treptow-Köpenick will Jugend und Familien stärken. Dazu gehören die Sicherung von Jugendfreizeiteinrichtungen und der Ausbau von mobilen Angeboten der Jugendarbeit wie auch eine bessere personelle Ausstattung der Jugendsozialarbeit dazu.

Am 20. September stimmen die Berlinerinnen und Berliner über die künftige Richtung ab. Für Steffen Krach ist die Wahl eine klare Richtungsentscheidung: Die CDU stehe für Einschnitte bei Kindern und Familien – die SPD für Investitionen in Schulen, Kitas, bezahlbaren Wohnraum, saubere Spielplätze und eine bessere Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern. Für eine Politik, die Familien wirklich stärkt.



Quelle: Steffen Krach

Wieder gute Politik für Berlin

Steffen Krach gibt Berlin ein Versprechen: In den ersten 100 Tagen als Regierender Bürgermeister will er zeigen, dass Politik liefern kann – konkret für die Menschen auf den Straßen, dem Wohnungsmarkt, in Schulen und der Verwaltung. Berlin ist voller Energie und Möglichkeiten. Doch zu oft scheitert es an langsamen Entscheidungen. Es braucht eine Politik, die Zuständigkeiten klärt, für ein funktionierendes Berlin sorgt und wo nötig einen Neustart wagt – von den Bezirken bis in den Senat. Und einen Regierenden Bürgermeister, der entscheidet, statt Verantwortung zu diskutieren. Steffen Krach ist überzeugt: „Der Regierende Bürgermeister muss anpacken, damit die Menschen merken: Es geht wieder voran.“ Was er in den ersten 100 Tagen umsetzen will:

1. Keine Baustelleneinrichtung ohne Aktivität
2. Einfache Sperrmüllabholung
3. E-Scooter-Chaos beenden
4. Mieten-Polizei losschicken, um Mietwucher zu ahnden
5. Expo-Bewerbung einreichen
6. Handyverbot an Grundschulen einführen
7. Tempo 30 vor Kitas und Schulen

8. Mehr Studienplätze für Ärztinnen und Ärzte
9. Landessicherheitsrat für koordinierten Katastrophenschutz gründen
10. Kostenloses Deutschlandticket für Ehrenamtliche
11. Bürokratieabbau und Bürokratie-TÜV einführen

Und wenn Steffen Krach über Regierungsarbeit spricht, weiß er, was sie bedeutet. Sieben Jahre hat er als Staatssekretär dafür gearbeitet, Berlin zum erfolgreichsten Wissenschaftsstandort in Deutschland zu entwickeln. Das Rote Rathaus kennt er aus dieser Zeit. Danach war er Präsident der Region Hannover für 1,2 Millionen Menschen und 21 Städte und Gemeinden, auf einer Fläche zweimal so groß wie Berlin.

Steffen Krach schließt sein Berlin-Versprechen mit diesen Worten ab:

„Ich mache Politik mit gesundem Menschenverstand statt mit ideologischen Scheuklappen.“

Gutes Leben in jedem Alter: Heute und in Zukunft

Berlin ist Stadt der Vielfalt und gleichzeitig auch die Stadt des Alterwerdens. Knapp eine Million Berlinerinnen und Berliner sind heute 60 Jahre oder älter. Zentrale Aufgabe von Politik ist es, gute Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes, würdevolles und aktives Leben im Alter zu schaffen. Vor wenigen Wochen wurde aus diesem Grund das Altenhilfestrukturegesetz vom Abgeordnetenhaus beschlossen. Berlin ist damit das erste Bundesland, das verbindliche landesgesetzliche Vorgaben für die Altenhilfe schafft und den gesetzlichen Auftrag, der im Sozialgesetzbuch bundesweit festgeschrieben ist, für das Bundesland Berlin konkretisiert.

Selbstbestimmtes Leben im Alter wird gesetzlich gestärkt

Das Gesetz stärkt die Altenhilfe als präventive Infrastruktur gegen Einsamkeit, soziale Isolation und den Verlust von Selbstständigkeit. Das Gesetz schafft verbindliche Standards für ganz Berlin und wirkt direkt in der Nachbarschaft: von Altglienicke bis Rahnsdorf. **„Ich bin überzeugt, dass das Altenhilfestrukturegesetz helfen wird, Übergänge in Pflegebedarf vorausschauend zu gestalten und Eigenständigkeit so lange wie möglich zu erhalten. Es ist ein Zeichen der Wertschätzung für die Generationen, die unsere Stadt**

geprägt, aufgebaut und gestaltet haben.“ sagt Ellen Haußdörfer, Direktkandidatin in Altglienicke und Bohnsdorf.

Wir wollen, dass ältere Menschen möglichst lange selbstbestimmt in ihrem vertrauten Umfeld leben können. Das ist auch der Wunsch der meisten Menschen – und damit genau der richtige sozialpolitische Ansatz. Denn eine gute, vorsorgende Altenhilfe bietet nicht nur Unterstützung im Bedarfsfall, sondern bedeutet den Zugang zu Teilhabe und Begegnung, Beratung und Vorsorge und erhält Lebensqualität, bevor eine mögliche Hilfebedürftigkeit überhaupt entsteht.

Pflegende Angehörige brauchen unsere Unterstützung

Über 85 Prozent aller Pflegebedürftigen werden in häuslicher Umgebung in der Regel von An- und Zugehörigen gepflegt. Sie übernehmen Pflegeaufgaben oft neben Beruf, Familie und eigenen gesundheitlichen Belastungen – ein großer Dank gilt den vielen pflegenden An- und Zugehörigen ohne deren Einsatz das Pflegesystem nicht funktionieren würde. Aber die Herausforderungen wachsen: die Zahl älterer und hochaltriger Menschen steigt und damit die Frage, wie eine gute Versorgung in Zukunft gewährleistet und finanziert werden kann. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die

Interessen älterer und pflegebedürftiger Menschen, ihrer Angehörigen und der Pflegekräfte bei den anstehenden bundespolitischen Entscheidungen angemessen berücksichtigt werden.

Denn Alterwerden ist kein Randthema - es betrifft uns alle! Gute Politik für ältere Menschen zeigt sich jeden Tag – in barrierefreien Kiezen, in Begegnungsstätten, in Beratungsangeboten, in guter Pflege und in einer solidarisches Stadtgesellschaft.

Gemeinsam wollen wir daran arbeiten, dass Berlin eine Stadt bleibt, in der Menschen jeden Alters gut leben können – heute und in Zukunft!

Von Ellen Haußdörfer

Staatssekretärin für Gesundheit und Pflege in der Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege

Schon gewusst?

In Treptow-Köpenick sind ca. 82.000 Menschen über 60 Jahre; das ist fast jede Vierte Person im Bezirk. Treptow-Köpenick verfügt über viele Unterstützungsmöglichkeiten wie z.B. acht Kiezclubs, drei Pflegestützpunkte sowie ein breites Angebot an Sport-, Kultur- und Weiterbildungsangeboten.



Quelle: Ellen Haußdörfer

Schutz muss ankommen - auch am Stadtrand

Eine Frau, die vor Gewalt flieht, darf nicht um Hilfe bitten müssen. Sie muss sie einfach bekommen. Genau daran muss sich Politik messen lassen.

Mit dem Berliner Gewalthilfegesetz, das im Abgeordnetenhaus im Juli beschlossen wurde, schafft die SPD die Grundlage für ein verlässlich finanziertes Hilfesystem. Frauenhäuser und Beratungsstellen dürfen nicht jedes Jahr neu um ihre Existenz kämpfen. Schutz ist keine freiwillige Leistung, sondern staatliche Verantwortung. Hilfe muss auch in den Außenbezirken ankommen. Wer in Treptow-Köpenick lebt, darf nicht erst quer durch die Stadt fahren müssen, um Beratung und Schutz zu finden.

Zufluchtsorte stärken und Täter konsequent in die Schranken weisen

Berlin baut sein Hilfesystem konkret aus. Im Sommer eröffnen das zehnte und elfte Frauenhaus. Zwei neue Fachberatungsstellen kommen hinzu. Eine davon wird mobil arbeiten und besonders Frauen in den Außenbezirken sowie Frauen mit Flucht- und Migrationsgeschichte erreichen. Das ist sozialdemokratische Politik: Wir schaffen nicht nur Ansprüche auf dem Papier, sondern Strukturen, die im Alltag tragen.

Aber Schutz allein reicht nicht. Männer, die Hütte brennt: Es kann nicht die Antwort sein, Frauen besser zu verstecken, während Täter weitermachen.

Täter müssen benannt werden und spüren, dass ihre Taten Konsequenzen haben. Dazu gehören elektronische Fußfesseln, konsequente



Quelle: Sara Rüdiger

Kontakt- und Nährungsverbote sowie schnellere Gefährdungsbewertungen. Nicht die Betroffenen dürfen Wohnung, Arbeit, Schule und ihr Umfeld verlieren. Der Staat muss die Freiheit der Frauen sichern und Täter begrenzen.

„Eine Frau, die vor Gewalt flieht, darf nicht um Hilfe bitten müssen. Sie muss sie einfach bekommen.“

Auch die Menschen, die jeden Tag Schutz organisieren, brauchen Sicherheit: verlässliche Bedingungen, genug Personal und Planungssicherheit. Nur so bleibt Hilfe erreichbar und dauerhaft handlungsfähig.

Ein Gesetz ist erst dann gut, wenn Hilfe dauerhaft finanziert ist und im entscheidenden Moment wirklich ankommt. Die künftig 945 Betten in Frauenhäusern und Zufluchtswohnungen sind ein wichti-

ger Fortschritt. Sie sind aber nicht das Ende des Ausbaus. Schutzplätze und Beratung müssen kontinuierlich am tatsächlichen Bedarf wachsen.

Ich stehe mit der SPD dafür, dass Frauen und Kinder nicht alleinbleiben, Täter konsequent begrenzt werden und Hilfe da ist, wenn sie gebraucht wird.

Von Sara Rüdiger

Kandidatin für Müggelheim, das Alende-Viertel und Wendenschloss der SPD Treptow-Köpenick

Schon gewusst?

Seit 2020 hat sich die Zahl der Familienplätze in Berliner Frauenhäusern mehr als verdoppelt. Mit dem 10. und 11. Frauenhaus entstehen 2026 weitere 70 Betten.

Unsere Kleingärten: gesetzlich gesichert

Wer in Treptow-Köpenick unterwegs ist, der begegnet ihnen an fast jeder zweiten Straßenecke: den ungefähr 140 Kleingartenanlagen im Bezirk, die rund 9.000 einzelne Kleingärten beheimaten. Diese Gärten sind für ihre Pächterinnen und Pächter ein persönlicher Rückzugs- und Gestaltungsraum. Aber sie sind weit mehr als das: Die Gärten werden zum Ort für Geburtstagsfeiern und Familienfeste, für gemeinsame Arbeits- und Ernteinsätze oder zum Ausflugsort für eine Kitagruppe. Damit tragen unsere Kleingärten viel zur sozialen Landschaft in Treptow-Köpenick bei und schaffen einen Ausgleich zum nicht immer stressfreien Leben in einer Großstadt.

Der Mehrwert der Kleingärten geht aber weit über ihre unmittelbare Nutzung hinaus. Solche naturbelassenen Orte, an denen der Boden unversiegelt ist und zahlreiche Bäume, Sträucher und andere Pflanzen wachsen, haben einen Kühlungseffekt für die städtische Umgebung um sie herum. Denn unversiegelte Flächen und offener Boden kühlen sich nach einem warmen, oder sogar heißen, Sommertag viel schneller und besser ab als die umliegenden Straßen und Gebäude. Kleingartenanlagen haben damit eine kühlende Wirkung auf ihr Umfeld. In wärmer werden den Sommern ist dieser Klimaefekt von Kleingartenanlagen ein wichtiger Beitrag zu einer lebenswerten Stadt.

Und genau deswegen war es so wichtig, dass das Abgeordnetenhaus auf Initiative der SPD das – Achtung: langes Gesetzeswort

– Kleingartenflächensicherungsgesetz dieses Jahr beschlossen hat. Der Schutz der Berliner Kleingärten war schon lange ein Herzensthema der Berliner SPD. Nur konnte vorher kein notwendiger Kompromiss mit den Koalitionspartnern gefunden werden. Nun ist es aber soweit: berlinweit sind jetzt alle landeseigenen Kleingärten gesetzlich geschützt. Das sind insgesamt über 56.000 Kleingärten und damit 80 Prozent aller Kleingärten in der Stadt. Das bedeutet ehrlicherweise auch, dass Kleingartenanlagen, die privaten Eigentümern gehören, aufgrund ihrer Eigentumsstruktur von dem Gesetz nicht in gleicher Weise geschützt werden können. Dies ist ein Wermutstropfen, der allen Beteiligten bei der Gesetzeserstellung bewusst war. Aber alle waren sich einig: diese Schwachstelle darf kein Grund sein, das Gesetz nicht zu beschließen. Für die Anlagen auf privaten Flächen gibt es einen alternativen Sicherungsweg über Bebauungspläne des Bezirks. Wir wollen aber auch neue Flächen finden, auf denen erstmals Kleingärten errichtet werden.

Die landeseigenen Kleingärten in unserem Bezirk, die vielfach auf eine über 100jährige Geschichte zurückschauen können, sind nun erstmals mit einem eigenen Landesgesetz geschützt. Das ist eine gute Nachricht für alle Gärtnerinnen und Gärtner sowie den gesamten Bezirk!

Von Ulrike Mackrodt

Stellvertretende Kreisvorsitzende der SPD Treptow-Köpenick

Saubere Kieze, sichere Spielplätze: Nahversorgung beginnt vor der Haustür

Von Alexander Freier Winterwerb
Abgeordneter für Alt-Treptow,
Plänterwald und Baumschulenweg

Nahversorgung heißt nicht nur Supermarkt, Apotheke oder Arztpraxis. Nahversorgung heißt auch: Der Spielplatz um die Ecke ist sauber. Der Weg durch den Kiez ist ordentlich. Sperrmüll steht nicht wochenlang auf dem Gehweg. Familien, ältere Menschen und Nachbar/innen sollen sich im öffentlichen Raum sicher und willkommen fühlen.

BSR-Kieztage ermöglichen Sperrmüllabholung vor Ort

Genau deshalb sind BSR-Kieztage so wichtig. Sie bringen die Stadtreinigung dahin, wo die Menschen leben. Sperrmüll kann wohnortnah abgegeben werden, gut erhaltene Dinge können weitergegeben werden und nebenbei kommt man im

Kiez miteinander ins Gespräch. Das ist praktisch, sozial und ökologisch zugleich. Wer keinen Transporter hat, wer nicht mal eben zum Recyclinghof fahren kann, braucht solche Angebote in der Nähe. Sauberkeit darf keine Frage von Auto, Geldbeutel oder körperlicher Kraft sein.

Genauso wichtig ist die regelmäßige Reinigung von Spielplätzen. Kinder brauchen Orte, an denen sie frei spielen, klettern, rennen und matschen können. Eltern brauchen das gute Gefühl, dass dort keine Glasscherben, Zigarettenstummel oder gefährliche Gegenstände liegen. Und unsere Bezirke brauchen Unterstützung, weil die Aufgaben wachsen und die Ressourcen oft nicht mitwachsen. Deshalb ist es richtig, dass die BSR Schritt für Schritt mehr Verantwortung bei der Reinigung von Spielplätzen übernimmt.

Für mich gehört das unmittelbar zu einer familienfreundlichen

Stadt. Ein sauberer Spielplatz ist kein Luxus. Er ist Teil sozialer Infrastruktur. Er ist Treffpunkt, Bewegungsraum, Lernort und manchmal auch der einzige Garten, den Kinder in der Großstadt haben. Wenn wir wollen, dass Berlin kinderfreundlicher, sicherer und lebenswerter wird, müssen wir dort anfangen: vor der Haustür.

„Saubere Spielplätze und ordentliche Kieze sind keine Nebensache. Sie sind ein Versprechen: Diese Stadt ist für Familien da.“

Ich setze mich dafür ein, dass Kieztage der BSR weiter ausgebaut, gut angekündigt und verlässlich in alle Ortsteile gebracht werden. Und ich will, dass stark genutzte Spielplätze regelmäßig gereinigt werden. Dafür erhält die BSR auf Initiative der Koalition mehr Geld aus dem Landeshaushalt. Denn



Quelle: Oliver Igel

Ordnung im öffentlichen Raum entsteht nicht durch große Reden. Sie entsteht durch konkrete Ange-

bote, starke öffentliche Unternehmen und Bezirke, die nicht allein gelassen werden.

MIT 85 JAHREN, DA FÄNGT DAS LEBEN AN:

Gesundheitsversorgung in Bohnsdorf feiert Geburtstag!

Von Ellen Haußdörfer
Staatssekretärin für Gesundheit
und Pflege in der Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege

Wenn am 28. August der 85-jährige Geburtstag des Krankenhauses Hedwigshöhe in Bohnsdorf groß gefeiert wird, dann ist dies in der Tat eine gute Nachricht: trotz Krieg und mehrerer Gesellschaftssysteme sichert das Alexianer Krankenhaus Hedwigshöhe zusammen mit dem DRK Klinikum Köpenick bis heute wohnortnah die stationäre Versorgung für unseren Bezirk. Zusätzlich versorgt die Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik in Hedwigshöhe psychisch Kranke sowie Menschen in Krisensituationen aus Treptow-Köpenick – das ist einmalig im Bezirk und damit Teil der psychiatrischen Pflichtversorgung Berlins.

Dringende Neubauten werden geschaffen

Zwar wurden die drei Pavillons der Psychiatrie erst vor gut 20 Jahren errichtet, allerdings wurde bei den Bauarbeiten gepusht, sodass die Gebäudesubstanz durch Wasserschäden in der Fassade und im Dach vollkommen zerstört ist. Deshalb benötigen die sechs psychiatrischen Stationen einen Neubau, um die 144 stationär untergebrachten Patientinnen und Patienten sowie 80 Menschen, die in der Tagesklinik versorgt werden, zu betreuen. Eine Neubau-Kostenschätzung beläuft sich auf 75 Millionen Euro.

So eine Baumaßnahme im laufenden Betrieb – denn die Patientinnen und Patienten können während dieser Zeit an keiner anderen Klinik versorgt werden – ist mit enormen Kosten sowie Planungsgeschick verbunden. Währenddessen somatische Krankenhäuser Investitionspauschalen zum Bau-erhalt, An- und Neubauten je nach Leistungsgeschehen erhalten, trifft dies für psychiatrische Abteilungen nicht zu. Deshalb hat die SPD auf Landesebene eine finanzielle Vorsorge geschaffen, um Psychiatrien in Not zu helfen.

Psychische Gesundheitsversorgung rettet Leben

„Diese Investition ist gut angelegt: Die wohnortnahe psychiatrische Versorgung von Menschen rettet Leben und leistet einen Beitrag zur inneren, gesundheitlichen und sozialen Sicherheit.“, bekräftigt Ellen Haußdörfer, Direktkandidatin für Bohnsdorf und Altglienicke im Wahlkreis 4.

Neben der stationären Versorgung ist die weitere Sicherung der psychosozialen Anlauf- und Beratungsstellen von hoher Wichtigkeit. Nur durch eine wohnortnahe und niedrigschwellige psychosoziale Versorgung können frühzeitig Maßnahmen ergriffen werden und häufig stationäre Aufenthalte vermieden werden. Für Gesundheitsförderung und Präventionsangebote z. B. Ernährungsberatung, Bewegungsangebote und Suchtprävention machen wir uns stark, denn nur gemeinsam gelingt eine gute gesundheitliche Versorgung im Kiez!

Schnell und einfach psychosoziale Hilfe finden in Berlin:



GRÜN, SAUBER, NAH:

Unsere Erholungsorte gehören zum Alltag

Von Sara Rüdiger
Kandidatin für Müggelheim, das Al-lende-Viertel und Wendenschloss der SPD Treptow-Köpenick

Wenn ich im Köpenicker Schloßpark am Wasser sitze und den vorbeifahrenden Schiffen zuschaue, ist das für mich ein Ort der Ruhe. Ich kann abschalten, aufs Wasser schauen und für einen Moment Frieden erleben. Genau solche Orte machen Treptow-Köpenick lebenswert.

Unsere Parks, Wälder und Grünanlagen sind deshalb mehr als ein schönes Extra. Sie gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Nicht jeder Mensch hat einen eigenen Garten, einen Balkon oder das Geld für einen Ausflug. Öffentliche Grünflächen sind kostenlos, nah und für alle da. Sie bieten Erholung, Bewegung, Begegnung und gerade im Sommer wichtige Abkühlung.

BSR-Beauftragung und höhere Bußgelder für mehr Sauberkeit

Damit Menschen diese Orte gern nutzen, müssen sie sauber und gepflegt sein. Die BSR leistet hier bereits gute Arbeit. Sie reinigt Wege, Rasen- und Spielflächen, leert Abfallbehälter und stellt bei starkem Andrang zusätzliche Behälter auf. Dass die BSR nicht nur Straßen reinigt, sondern eben auch Grünflächen geht auf eine Initiative der SPD-Fraktion im Berliner Abge-



Quelle: Oliver Igel

ordnetenhaus zurück, die auch die notwendigen Mittel zur Verfügung stellt. Auch zukünftig muss diese Arbeit verlässlich finanziert werden. Gleichzeitig gilt: Wer möchte, dass Müll ordentlich entsorgt wird, muss genügend Mülleimer bereitstellen und sie regelmäßig leeren. Gerade an stark genutzten Orten darf Sauberkeit nicht an fehlender Infrastruktur scheitern.

Saubere Grünanlagen stärken außerdem das Sicherheitsgefühl. Wo Wege gepflegt, Abfälle beseitigt und Flächen sichtbar betreut werden, entsteht der Eindruck: Dieser öffentliche Raum wird nicht aufgegeben. Er gehört uns allen. Gerade in Treptow-Köpenick sind Parks, Wälder und Uferwege kein Ziel nur für den Sonntagsausflug, sondern Teil des täglichen Lebens.

„Unsere Parks und Wälder sind kein schönes Extra. Sie sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge – und saubere Grünanlagen schaffen Erholung, Lebensqualität und ein stärkeres Sicherheitsgefühl.“

Anders ist es bei illegalen Ablagerungen. Wer Sperrmüll oder Abfälle bewusst in Parks und Wäldern entsorgt, schadet Natur, Tieren und der Gemeinschaft. Die Bußgelder hierfür wurden vom Berliner Senat in dieser Wahlperiode deswegen erhöht. Kommt es zu ille-

galer Müllentsorgung, muss das Ordnungsamt schnell und effizient handeln können. Die Ordnungsamt-App ist dafür wichtig: Sie ermöglicht es, Ablagerungen direkt mit Foto und Standort zu melden, damit die zuständigen Stellen reagieren können. Eine Meldung darf aber nicht im System versanden. Sie muss zügig bearbeitet und der Müll beseitigt werden.

Für mich ist klar: Saubere Parks und Wälder entstehen durch gute öffentliche Arbeit, ausreichende Ausstattung und gemeinsame Verantwortung. Dafür brauchen wir eine verlässlich finanzierte BSR, mehr Mülleimer an stark genutzten Orten und ein Ordnungsamt, das Hinweise über die App schnell bearbeitet und illegale Ablagerungen konsequent verfolgt.

Schon gewusst?

Die BSR reinigt 2026 rund 330 Berliner Grünanlagen: etwa 150 Parks und sonstige Flächen. Hinzu kommen 215 Spielplätze sowie ausgewählte Waldflächen in 19 von 28 Berliner Forstrevieren.



Quelle: Ellen Haußdörfer

EIN ERSTER SEHR GUTER ZWISCHENSTAND

Wie in Späthsfelde nötige Wohnungen entstehen können

Von Lars Düsterhöft

Direkt gewählter Abgeordneter für Johannisthal und Schöneeweide seit 2016

22.302 Unterschriften in nur vier Wochen – das ist ein starkes Signal. Die große Unterstützung aus der Bevölkerung hat deutlich gemacht, wie wichtig die Späth'schen Baumschulen für viele Menschen in Berlin sind. Nun gibt es erste gute Nachrichten.

Gemeinsames Engagement wirkt. In den letzten Wochen ist das geglückt, was viele für unmöglich hielten: Gemeinsam haben Lars Düsterhöft, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, und Bezirksbürgermeister Oliver Igel sich in den vergangenen Wochen intensiv dafür eingesetzt, dass die Belange der Späth'schen Baumschulen bei den Planungen für das mögliche neue Stadtquartier Späthsfelde stärker berücksichtigt werden.

Nach vielen Gesprächen und einem gemeinsamen Vor-Ort-Termin mit Stadtentwicklungssenator Christian Gaebler haben sich die Planungen nun deutlich verändert. Das ist auch ein großer Erfolg für die Baumschulen, welche mit und für ihre Arbeit begeistern konnten.

Die Planungen wurden so überarbeitet, dass der Großteil der geplanten Wohnbebauung wieder aus den Baumschulen und vom bisherigen Kiez Späthsfelde weggeschoben werden konnte. So gibt es für den historischen Kernbereich, das Garten-Biotop am Karpfen-



Nach den neuen Plänen bleibt diese Sichtachse erhalten.

Quelle: Lars Düsterhöft

teich und einen sehr großzügigen Grün- und Freiraumband wichtige Verabredungen. Aus den befürchteten 8-geschossigen Wohnbauten direkt an der Baumschule, wurden nun 3- bis 4-geschossige Wohnbauten mit viel Abstand zur Baumschule. Ebenso werden die grünen Ausgleichflächen zwischen den Häusern im Mahonienweg und der Baumschule liegen, sodass sich auch für die Bewohnerschaft von Späthsfelde wenig ändert wird. Das Arboretum der Humboldt-Universität war niemals gefährdet, das bleibt auch weiterhin so. Und auch die Kleingärten im Norden des Areals werden nur in einem geringen Ausmaß von den Planungen

tangiert. Die betroffenen Kleingärten werden aber in unmittelbarer Nachbarschaft neu angesiedelt.

Das ist ein Erfolg, auf dem nun weiter aufgebaut werden kann. Entscheidend wird sein, wie die Planungen im weiteren Verfahren konkretisiert werden. Der Charakter von Späthsfelde muss gesichert werden. Hierfür wird sich die SPD einsetzen.

Für die SPD ist klar: Berlin braucht neue Wohnungen. Aber Berlin braucht genauso Grünflächen, Klimaresilienz und identitätsstiftende Orte wie die Späth'schen Baumschulen und Späthsfelde.

Der Mellowpark: Ein Ort mit Strahl- und Integrationskraft

Der Mellowpark ist die größte bezirkliche Jugendfreizeiteinrichtung von Treptow-Köpenick. Die rote Wand, das große „M“ und die Rampen sind ikonisch. Seit knapp 20 Jahren befindet er sich an der Straße An der Wuhlheide in Oberschöneeweide. Der alte Standort am Kabelwerk musste aufgegeben werden, weil ein privater Investor an der Friedrichshager Straße Wohnungen bauen wollte. Mit viel Druck und Unterstützung des Bezirksamts unter Bezirksbürgermeister Klaus Ulbricht (SPD) wurde damals die jetzige Fläche gesichert.

Aus heutiger Sicht war der erzwungene Umzug ein Glücksfall: Das Gelände gegenüber der Alten Försterei ist zentral gelegen, direkt mit der Straßenbahn erreichbar, 60.000 Quadratmeter groß und bietet Platz auch für zukünftige Entwicklungen. Auf dem neuen Gelände ist der Mellowpark nicht nur flächenmäßig gewachsen, sondern auch in seiner Bedeutung für den Bezirk. Die Kombination aus Skaten und Jugendarbeit ist einzigartig und zieht Jugendliche aus ganz Deutschland an.

Die Einrichtung wurde in die Förderung des Landes Berlin aufgenommen und mit über 280.000 Euro jährlich bedacht. Der SPD-Abgeordnete und frühere Jugendstadtrat Alexander Freier-Winterweb hat sich dafür eingesetzt, die Finanzierung auf breitere Schultern zu stellen und der überregionalen Bedeutung gerecht zu werden. Die Entwicklung geht weiter: Dirt-Bike-Strecken und Rampen werden immer wieder gemeinsam

mit Jugendlichen neu geplant. Das Bezirksamt unter Bezirksbürgermeister Oliver Igel (SPD) hat zudem mit dem Bau eines neuen Gebäudes für die Jugendfreizeiteinrichtung begonnen.

Eine neue BMX-Halle kommt

Im Westteil des Geländes entsteht derzeit ein bundesweit einzigartiges Projekt: Die erste CO2- und energieneutrale BMX-Halle Deutschlands, geplant unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Sie soll ganzjährigen BMX-Sport ermöglichen. Ein Novum, da die meisten Angebote reine Outdoor-Angebote und im Winter nicht nutzbar sind. Schon heute trainieren im Mellowpark die besten deutschen BMX-Athlet/innen dieser seit 2008 olympischen Disziplin. So wird der Mellowpark zum Zentrum des BMX-Radsports.

Neben dem Radsport steht auch Jugendarbeit im Fokus: Hier ist das Kinder- und Jugendbeteiligungsbüro angesiedelt, wo Sozialarbeiter/innen selbstorganisierte Jugenddemokratie begleiten. Daraus ist eine Initiative zur Gründung eines Kinder- und Jugendparlaments entstanden. Der Mellowpark ist ein Leuchtturmprojekt für die Sport- und Jugendarbeit in unserem Bezirk – und ein Beleg für das unermüdliche SPD-Engagement im Bezirk und auf Landesebene.

Paul Bahlmann

Kandidat der SPD Treptow-Köpenick für Schöneeweide, Altstadt Köpenick, Hirschgarten und Dammvorstadt

Rätseln Sie mit!

Senden Sie uns das Lösungswort bis zum 15. September per Mail an kreis.treptow-koepenick@spd.de.

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 3 Gutscheine für das Schlossplatztheater Köpe-

nick. Eine Auszahlung in bar ist nicht möglich. Die Gewinner/innen werden bis zum 18. September

informiert.

6

11

7

13

2

17

8

4

19

3

5

3

5

6

7

9

1

8

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

16

9

20

10

14

21

12

15

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

1. Segelwettbewerb

2. Größter See in Berlin

3. Die machen sauber in Berlin

4. Namensgeber Baumschule

5. Bürgermeister in Treptow-Köpenick seit 15 Jahren

6. Rauchfangs...

7. Gebirge im Elsass

8. Fluss in Dresden

9. In Berlin: Rotes...

10. Chemisches Zeichen für Natrium

11. Insel der...

12. 31. Dezember

13. kleinster Stadtstaat

14. ehemaliger Bürgermeister Berlins: ... Wowereit

15. 5. Monat

16. Ausruf der Freude

17. Französisch: danke

18. Körperteil

19. Gebirgsstraße

20. Höchster Berg: Mt. ...

21. Süßungsmittel

Infrastruktur, Ausbildung, Jobs: An die nächste Generation denken

BEZIRKSBUÜRGERMEISTER OLIVER ITEL IM GESPRÄCH

Spreekurier: Herr Igel, mit der Wahl am 20. September 2026 werden auch die Weichen für ein neues Bezirksamt gestellt: Was macht Ihnen Lust, erneut Bezirksbürgermeister werden zu wollen?

Bezirksbürgermeister Oliver Igel: Ja, eine spannende Zeit steht für Treptow-Köpenick bevor. Wir sind nach wie vor ein beliebter Bezirk. Menschen leben gern hier, viel mehr wollen hierher. Daraus wachsen Herausforderungen. Große Vorhaben stehen vor der Tür: die großen Neubaugebiete Segelfliegerquartier, Güterbahnhof Köpenick, die Friedrichshagener Straße, die Fertigstellung des Regionalbahnhofs Köpenick, der Neubau des Stadions An der Alten Försterei oder auch der Neubau der Langen Brücke in Köpenick. Es wird also nicht langweilig. Vor allem: wir müssen beim Senat um unsere Finanzierung als Bezirk kämpfen. Da will ich meine Erfahrung einbringen, damit uns nicht die Butter vom Brot genommen wird.

Spreekurier: Der Bezirk und seine Baustellen – ist da nicht langsam mal genug?

Bezirksbürgermeister Oliver Igel: Das passiert ja nicht aus Spaß, sondern weil Investitionen notwendig sind. Ja: ich will, dass weiter in unsere Infrastruktur investiert wird. Wir wollen keine maroden Straßen, Wege, Einrichtungen: da muss noch mehr getan werden. Das darf nicht durch Havarien unkontrolliert passieren, sondern abgestimmte Planungen müssen zugrunde liegen. Die Menschen dürfen nicht den Eindruck



Quelle: Oliver Igel

haben: egal, wo ich wohne, wird mir ständig eine neue Baustelle vor die Nase gesetzt, auf der dann noch nicht mal etwas passiert. Die bezirkliche Baustellenkoordination muss mit dem Senat besser abgestimmt werden.

Spreekurier: Kann die Verwaltungsreform hier eine Hilfe sein?

Bezirksbürgermeister Oliver Igel: Ja, die Verwaltungsreform hat Klarheit gebracht: der Senat kann sich nicht mehr mit einem Fingerzeig auf den Bezirk herausreden – der Senat ist immer auch für den Erfolg der Verwaltungsarbeit in den Bezirken in Verantwortung und muss die Möglichkeiten dafür schaffen, dass in den Bezirken ein Vorhaben funktioniert.

Spreekurier: Unabhängig von Baustellen und funktionierender Verwaltung haben viele Menschen Zukunftsorgen – wie begegnen Sie diesen Sorgen?

Bezirksbürgermeister Oliver Igel: Viele Menschen haben vor allem wirtschaftliche Sorgen. Das darf man nicht kleinreden. Wer einen Job hat, fürchtet, dass nicht alles so gut weitergeht und man sich nicht mehr alles leisten kann. Andere haben gar keine oder schlecht bezahlte Jobs: da muss man nach Sorgen nicht fragen, die sind da. Mir ist wichtig, dass Unternehmen und die Wirtschaft allgemein gefördert werden. Ja, ich bin für weitere Unternehmensansiedlungen, für Ausbildungsplätze, neue Jobs.

Wir müssen da auch an die nächsten Generationen denken.

Spreekurier: Die nächste Generation ist ein gutes Stichwort: es herrscht vielfach eine Unzufriedenheit, in der Menschen Halt bei radikalen oder extremen Parteien suchen: wie begegnen Sie dem?

Bezirksbürgermeister Oliver Igel: Wir müssen Unzufriedenheit immer Ernst nehmen – letztlich ist das auch Ansporn, Dinge anders und besser zu machen. Mich sorgt nur, dass vielen Menschen auch dazu bereit sind, radikalen, extremen, menschenfeindlichen Ideen hinterherzulaufen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen ausgegrenzt oder verfolgt werden, weil sie aus Sicht einiger nicht ih-

ren Vorstellungen entsprechen, weil sie von woanders herkommen, ein anderes Aussehen oder eine andere sexuelle Orientierung oder Identität haben. Unser Leitmotiv muss sein, alle Menschen zu schützen und zu fördern. Für dieses Menschenbild stehe ich. Im Übrigen macht Hass hässlich.

Spreekurier: Zum Abschluss: der Bezirk lebt von Traditionen. Was ist Ihnen da besonders wichtig?

Bezirksbürgermeister Oliver Igel: Treptow-Köpenick profitiert an vielen Stellen von seiner Geschichte. In diesem Jahr begehen wir den 120. Jahrestag der Köpenickiade, dem Coup des falschen Hauptmanns von Köpenick – der nicht nur der Welt ein tolles Theaterstück und Filme, sondern bis heute auch Touristen aus aller Welt in unseren Bezirk lockt. Dafür ist Weltoffenheit auch wichtig – sie ist für uns sogar bares Geld. Oder dass wir mit der Späthschen Baumschule Berlins ältesten Gewerbebetrieb im Bezirk haben: er prägt nicht nur wegen des Namens bis heute den Ortsteil Baumschulenweg. Da war es mir wichtig, mich für den weiteren dauerhaften Erhalt konsequent einzusetzen, und zwar mit Erfolg. Wir haben aber noch Potenziale: so wünsche ich mir, dass unser Schloss Köpenick mit dem Kunstgewerbemuseum stärker wahrgenommen und mehr besucht wird – wann waren Sie eigentlich das letzte Mal da? Es ist ein großartiges Museum!

Das Interview führte
Ulrike Mackrodt

Ein guter Start ins neue Schuljahr



Quelle: Julia Dittmar

Ich mag diese Zeit kurz vor dem Schulstart. Überall werden Schultüten gepackt, Ranzen anprobiert und die letzten Hefte besorgt. Für viele Kinder beginnt mit der Einschulung ein ganz neuer Lebensabschnitt. Andere freuen sich darauf, ihre Freundinnen und Freunde wiederzusehen, von den Ferien zu erzählen und ihre neuen Lehrerinnen und Lehrer kennenzulernen. Wieder andere wechseln auf die weiterführende Schule. Es ist eine Zeit voller Vorfreude, Aufregung und auch Sorgen.

Als Mutter weiß ich, wie viel Organisation hinter so einem Schulstart steckt. Da geht es nicht nur um Stifte, Sportsachen oder den Stundenplan. Familien müssen jeden Tag Beruf, Schule, Betreuung und Freizeit unter einen Hut bringen. Umso wichtiger finde ich es, wenn Politik den Alltag ein Stück einfacher macht.

„Die besten Investitionen sind die, die Kindern gute Chancen eröffnen und Familien den Alltag erleichtern.“

Deshalb freue ich mich über vieles, was wir in Berlin in den vergangenen Jahren erreicht haben. Die beitragsfreie Kita entlastet Familien schon lange vor der Einschulung. Das kostenlose Mittagessen an den Grundschulen sorgt dafür, dass alle Kinder gemeinsam essen können, ohne dass der Geldbeutel der Eltern eine Rolle spielt. Die ergänzende Förderung und Betreuung - der Hort - ist bis zur 3. Klasse beitragsfrei und hilft vielen Eltern dabei, Familie und Beruf besser miteinander zu vereinbaren. Und mit dem kostenfreien Schülerticket können Kinder und Jugendliche Bus und Bahn in Berlin nutzen – auf dem Weg zur Schule, zum Sportverein oder zu Freundinnen

und Freunden. Uns sind aber auch sichere Schulwege wichtig. Dazu gehört Tempo 30 vor Schulen und regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen an diesen Stellen.

Natürlich bleibt noch viel zu tun. Unsere Stadt wächst, deshalb brauchen wir weiterhin gute Schulen, moderne Gebäude und genügend Schulplätze. Über 7.500 solcher neuer Schulplätze sind in den vergangenen 10 Jahren in Treptow-Köpenick entstanden bzw. sind aktuell im Entstehen. Dies geht zurück auf die von der SPD ins Leben gerufene „Berliner Schulbauoffensive“, in deren Rahmen berlinweit zehntausende neue Schulplätze entstanden und viele Schulen saniert und erweitert wurden. Zum Beginn des neuen Schuljahres lohnt sich der Blick auf das, was bereits gelungen ist – um für die kommenden Aufgaben vorbereitet zu sein.

Ich wünsche allen Schülerinnen und Schülern einen erfolgreichen Start ins neue Schuljahr. Den Erstklässlerinnen und Erstklässlern wünsche ich einen unvergesslichen ersten Schultag, viele neue Freundschaften und ganz viel Freude am Lernen. Den Eltern wünsche ich Gelassenheit – und allen Lehrkräften und Erzieherinnen und Erziehern ein Schuljahr mit vielen schönen Momenten.

Von Julia Dittmar
Spitzenkandidatin für das Berliner Abgeordnetenhaus der SPD Treptow-Köpenick



Kommen Sie vorbei
und reden Sie mit.

WIR REDEN TACHELES!

**02.09. 18:30 BUCHLESUNG MIT MARCEL HOPP:
WAS GEHT MICH DAS AN?**

**07.10. 18:30 JÜDISCHES LEBEN IN BERLIN
UNTER DRUCK - WAS IST ZU TUN?**

Offen, direkt, ohne Floskeln – mit „Tacheles“ schaffen wir einen Raum für ehrliche Gespräche. Jeden ersten Mittwoch im Monat, immer in der Kirche zum Vaterhaus, ab 18:30 Uhr, diskutieren wir aktuelle Themen, beantworten Fragen und erklären politische Entscheidungen – transparent, verständlich und auf Augenhöhe. Keine leeren Versprechen, sondern Tacheles.



Einlass: 18:00 Uhr | Beginn: 18:30 Uhr
Wo? Kirche Zum Vaterhaus,
Baumschulenstraße 82-83, 12437 Berlin

Anmeldung:
www.spd-treptow-koepenick.de/tacheles